

Meldung Deutsche Presse Agentur vom 2006-01-13 01:33

Verbraucher/Parteien/SPD/

(Medien-Info - Sperrfrist 13. Januar 0600)

SPD fordert von Seehofer deutlich mehr Verbraucherschutz

Hannover (dpa)- Die SPD hat von Agrarminister Horst Seehofer (CSU) Nachbesserungen am Entwurf für das Verbraucher-Informationsgesetz gefordert. Auch Auskunftspflichten von Unternehmen gegenüber Verbrauchern müssten verankert werden. «Wir wollen ein sehr umfassendes Verbraucherinformationsgesetz,» sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber der «Neuen Presse» in Hannover (Freitag). Die im vorliegenden Entwurf vorgesehenen Bestimmungen seien «bei weitem nicht ausreichend». Auch die Ausnahmeregelungen bei behördlichen Auskünften gegenüber Verbrauchern seien «zu weit gefasst».

Seehofer hatte im Dezember als Reaktion auf den Skandal um ungenießbares «Gammel-Fleisch» angekündigt, durch neue Informationsrechte für Verbraucher mehr Transparenz schaffen zu wollen. Ein Vorentwurf des Verbraucher-Informationsgesetzes bezieht sich nach Angaben aus Regierungskreisen fast ausschließlich auf Lebens- und Futtermittel. Danach sollen von den Ländern benannte Behörden Auskünfte über Produktinhalte und Gesundheitsrisiken geben. Der Informationsanspruch kann jedoch teilweise unter Hinweis auf Betriebsgeheimnisse versagt werden.

(Der Beitrag wurde vorab in redaktioneller Fassung übermittelt)

dpa ra yyni bk

130132 Jan 06